

AutorInnenpapier

Anton Hofreiter MdB und Bettina Hoffmann MdB

Hitzeaktionsplan

Die Klimakrise ist eine Gefahr für die menschliche Gesundheit. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass mit der ungebremsten Klimakrise Hitzewellen weiterhin zunehmen werden. Der Lancet Countdown, der von einer internationale Forschungskoooperation erstellt und vom Ständigen Ausschuss der Ärzte der Europäischen Union herausgegeben wurde, bezeichnet den Klimawandel als die größte Bedrohung für die Gesundheit im 21. Jahrhundert. Der Report stellt fest, dass im vergangenen Jahr 18 Millionen mehr besonders gefährdete Personen Hitzewellen ausgesetzt waren als noch 2016. Im Vergleich zum Jahr 2000 waren es sogar 157 Millionen mehr. In den Jahren 2000 bis 2010 stieg die Sterblichkeit aufgrund koronarer Herzkrankheiten während Hitzewellen im Mittel um 10 bis 15 Prozent, wie eine Studie des Deutschen Wetterdienstes (DWD) für das Umweltbundesamt (UBA) ergab. Und auch für 2018 liegen bereits beunruhigende Zahlen des Robert-Koch-Instituts vor; allein in Hessen und Berlin lag die Anzahl hitzebedingter Sterbefälle bei über 1000. Selbst wenn es gelingt, die Treibhausgasemissionen deutlich zu senken, könnte 2100 rund die Hälfte der Weltbevölkerung gefährlichen Hitzewellen ausgesetzt sein.

Besonders bedrohlich sind Hitzewellen für Kleinkinder, ältere und kranke Menschen. Sie leiden vermehrt unter Herz- Kreislaufkrankungen, Hitzekrämpfen oder Dehydrierung. Bodennahes Ozon während sommerlicher Hochdruck- Wetterlagen kann zudem das vermehrte Auftreten von Atembeschwerden begünstigen. Darüber hinaus steigt das Hautkrebsrisiko.

Frankreich setzt bereits einen mehrstufigen mit Maßnahmen flankierten Hitzeaktionsplan um, der durch das Ministerium für Solidarität und Gesundheit koordiniert wird. Doch die Bundesregierung legt die Hände in den Schoß und hat bisher lediglich unverbindliche Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen veröffentlicht, aber keinen gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern zum Umgang mit der Hitze angestoßen.

Dabei braucht es eine gemeinsame Strategie, um hitzebedingte Gesundheitsschäden kurzfristig und präventiv zu vermeiden. Ein solcher Hitzeaktionsplan von Bund und Ländern muss klare Koordinations- und Kommunikationsabläufe sicherstellen und Handlungsempfehlungen und verbindliche Maßnahmen auflisten, um auf extreme Hitzewellen besser vorbereitet zu sein. Für die Vorsorge vor hitzebedingten Gesundheitsschäden muss Geld bereitgestellt werden.

Handlungsfeld Gesundheit:

- Die Bereitstellung ausreichender Informationen über diverse auch öffentlich-rechtliche Kanäle zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden. Denkbar sind hier Maßnahmen wie die Einrichtung eines bundesweiten Beratungstelefons bzw. die Koordinierung/Zusammenführung bestehender telefonischer Beratungsangebote zum Umgang mit Hitze;
- Ältere und andere besonders hitzeanfällige Menschen sollen durch eine bedürfnisorientierte Vernetzung von professionellen und nachbarschaftlichen Unterstützungsangeboten vor einer gesundheitsgefährdenden Hitzeexposition bewahrt werden. Durch dezentrale, niedrigschwellige Angebote auf Ebene der Kommunen oder Quartiere können gefährdete Personen optimal erreicht und bei Bedarf unterstützt werden, wie beispielsweise durch die Vermittlung von Hitzepatenschaften, bei denen Freiwillige sich gesondert um einzelne vulnerable Personen kümmern;
- Bereitstellung von bundeseinheitlichen Materialien mit Empfehlungen zur Vermeidung von hitzebedingten Gesundheitsschäden in Arztpraxen und anderen Gesundheitsreinrichtungen sowie auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums.;
- Das Thema Klimawandel und Gesundheit sollte im Rahmen von umweltgesundheitlichen Seminaren in Medizinstudiengängen stärker berücksichtigt werden. Außerdem sollten vermehrt gezielte Weiterbildungen von Ärzt*innen beispielsweise zur Wechselwirkung von Medikamenten bei Hitze angeboten werden;
- Die Einrichtung von „kühlen Räumen“ in Gesundheitseinrichtungen sowie langfristig Gebäudeanpassungen für ein besseres Raumklima (Dachbegrünung, Fassadenfarben etc.);
- Das Recht auf Home-Office für alle Beschäftigten, sofern dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen, kann bei Hitzewellen zum Gesundheitsschutz beitragen. Arbeitnehmer*innen, die im Freien arbeiten und der Hitze besonders ausgesetzt sind (z.B. auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder Gebäudereinigung) müssen bei gesundheitsgefährdender Hitze ein Recht auf Hitzefrei, also reduzierte Arbeitszeit, erhalten. In Betriebsvereinbarungen können und sollten passgenaue Lösungen zum Thema "Hitzefrei" getroffen werden;
- Die Etablierung eines bundesweiten zeitnahen Monitorings zur hitzebedingten Sterblichkeit, um die Wirksamkeit von Akutmaßnahmen zeitnah überprüfen und anpassen zu können.

Handlungsfeld Stadt:

Die Klimakrise erfordert, dass wir das Leben in Städten neu denken müssen. Sonst leben wir bald in einer Welt, in der sich Menschen zeitweise nur noch in klimatisierten Räumen aufhalten können. Von Hitzewellen sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten besonders betroffen, da Städte heißer werden als das Umland, und je nach Bebauung einen zusätzlichen Hitze-Insel-Effekt haben. Während einer Hitzewelle kann

es hier noch einmal bis zu 8 Grad heißer sein als im Umland. Besonders betroffen sind ärmere Menschen in dicht bebauten Stadtgebieten ohne Grünflächen. Schon heute liegen die Temperaturen in einigen Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teils deutlich über denen des Umlandes. Eine deutliche Klimaveränderung könnten bis 2050 77 Prozent der 520 größten Städte weltweit zu spüren bekommen. Auf 22 Prozent der Städte kommen völlig neue Klimaverhältnisse zu. In London könnte dann ein Klima wie heute in Barcelona herrschen. Städte wie Wien gehen bereits voran und beginnen, sich auf die steigenden Temperaturen vorzubereiten.

Auch in Deutschland müssen wir die Entwicklungen der Klimakrise dringend im Städtebau berücksichtigen und für Kühlung sorgen. Hitzeinseln gilt es zu vermeiden und nachträglich durch Grünräume, Belüftung und helle, reflektierende Oberflächen zu kühlen.

- Statt Asphalt- und Betonwüsten und Hitzeinseln braucht es mehr Grün in unseren Städten. Denn Bäume, Parks, grüne Freiräume und Grünzüge, Gründächer und -fassaden wirken zusammen mit Wasserflächen und Frischluftschneisen wie große kühlende Klimaanlage. So beugen sie gesundheitlichen Schäden gerade in Hitzewellen vor und steigern im Alltag gleichzeitig die Lebensqualität und die Umweltgerechtigkeit in unseren Städten;
- Das Wasser von Starkregenereignissen wollen wir durch geeignete Pufferung in Grünflächen und Gründächern (z.B. in Rigolen oder durch die Bepflanzung selbst) vermehrt zwischenspeichern. So lässt es sich gleichzeitig dafür nutzen unsere Städte zu kühlen, und die Kanalisation wird entlastet;
- Zusätzlich sollten kostenfreie Trinkwasserbrunnen (TrinkBars) in den Innenstädten, Hitze-Hotspots und an Haltestellen von Bus und Bahn bereitgestellt werden. Dafür stellen wir Finanzmittel im Rahmen der Städtebauförderung zu Verfügung;
- Wir wollen die Kartierung und Kommunikation kühler Räume in Städten finanziell fördern. Das können wie in Frankreich Kirchen, Rathäuser, Bibliotheken oder Restaurants aber auch Parkflächen und schattige Orte sein;
- Die Integration des vorsorgenden Gesundheitsschutzes gegen klimawandelbedingte Überhitzung in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und ein neues Bund-Länder-Programm Grüne Infrastrukturen in der Städtebauförderung. Menschen mit geringem Einkommen und in benachteiligten Stadtvierteln müssen bei der Gesundheitsvorsorge während Hitzewellen besonders unterstützt werden. Sie leben häufig weiter entfernt von Parks und Grünflächen, in schlechterer Bausubstanz mit unzureichender Ausstattung.